



AFP/03/2017

Abschrift!

## Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal  
am Dienstag, dem 30.05.2017, 15:00 Uhr,  
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,  
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

---

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:10 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup

als Vorsitzender

Herr KTA Jörg Hille, 31608 Marklohe

Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg

Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen

Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen

Vertretung für Herrn  
KTA Meyer  
ab 15:05 Uhr

Herr KTA Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg

Herr KTA Horst Prüfer, 31582 Nienburg

Herr KTA Lukas Schneider, 31609 Balge

Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe

Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg

Verwaltung

Herr Landrat Detlev Kohlmeier,

bis 15:50 Uhr

Herr KVOR Torsten Röttschke,

Frau KOAR Gun Dachs,

Frau KOAR Kerstin Schwill-Rudolph,

Herr KAR Gerd Pröstler,

als Protokollführer

Presse

Herr Stüben, „Die Harke“

ab 15:15 Uhr

Der stellv. Vorsitzende KTA Bergmann-Kramer eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 14.02.2017
- TOP 2: 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 **2017/121**
- TOP 3: Abschlussbericht für den Haushalt 2016 im Fachdienst TUI-Organisation **2017/124**
- TOP 4: Jahresrechnung 2016 **2017/122**
- TOP 5: Jahresrechnung 2015 - Entlastung des Landrats **2017/123**
- TOP 6: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 7: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Bergmann-Kramer	gez. Pröstler	gez. Röttschke
Kreistagsabgeordneter	KAR Pröstler	KVOR Röttschke



**Protokoll zu TOP 1**

---

30.05.2017

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses  
für Finanzen und Personal vom 14.02.2017**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



## Protokoll zu TOP 2

---

**2017/121**

30.05.2017

### 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für 2017 werden beschlossen.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

#### Beratungsgang:

LR Kohlmeier erläutert, der Landkreis erhält 5,2 Mio. Euro mehr Schlüsselzuweisungen und 780.000 Euro mehr Kreisumlage. Die Kommunen erhalten ebenfalls 1,3 Mio. Euro mehr Schlüsselzuweisungen. Ferner ist das Jahresergebnis 2016 besser ausgefallen als erwartet. Dadurch wurde ein Spielraum gewonnen, um die Gemeinden an der positiven Entwicklung zu beteiligen. Die Senkung der Kreisumlage um 3-Prozent-Punkte ergibt eine Entlastung von knapp 3 Mio. Euro. Die Festsetzung der Kreisumlagesätze gilt nur für 2017 und enthält kein Versprechen für die Zukunft. Für 2018 muss die weitere Entwicklung betrachtet werden. Aus Sicht der Verwaltung ist die Absenkung vertretbar und sollte durchgeführt werden.

KOAR Dachs ergänzt, dass die Genehmigung der Haushaltssatzung 2017 als Tischvorlage vorliegt. In der Genehmigung wird auf die hohe investive Verschuldung pro Kopf hingewiesen, hier liegt der Landkreis mit 641 Euro deutlich über dem Landesdurchschnitt von 375 Euro. Die Summe der Investitionen dürfte aktuell ein Volumen von 7 Mio. Euro nicht übersteigen, um eine weitere Neuverschuldung zu vermeiden. Bei der Nachtragsplanung wurden nur die Änderungen im Finanzausgleich, der Kreisumlage und der überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich Veterinärwesen berücksichtigt. Durch die Änderung der Umlagesätze und der Mehrerträge erhöht sich das Jahresergebnis auf 4.858 T Euro. Die kreisangehörigen Kommunen wurden

dazu angehört und begrüßen die Absenkung der Kreisumlagesätze. Die entsprechende Stellungnahme liegt als Tischvorlage vor.

KTA Kopp sieht in der Senkung um 3-Prozent-Punkte ebenso wie in der Erhöhung des Zuschusses für die Kinderbetreuung im Haushaltsplan 2017 ein positives Zeichen an die Kommunen.

KTA Kuhlmann erklärt, dass sie sich grundsätzlich anschließen kann und fragt nach, warum gerade 3-Prozent-Punkte vorgeschlagen werden.

LR Kohlmeier erläutert, dass der Überschuss 2017 den Fehlbetrag 2016 decken sollte, daher habe es bei der Haushaltsplanung keinen Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage gegeben. Der Landkreis muss noch Fehlbeträge in Höhe von 11,4 Mio. Euro (6,7 Mio. Euro kamerale, 3,1 Mio. Euro aus 2010 und 1,57 Mio. Euro aus 2016) erwirtschaften. Ferner sind Investitionen u.a. an der IGS, FTZ und BBS in mehrstelligen Millionen Euro Bereich geplant. Der Bedarf bei den Kommunen wurde ebenfalls gesehen, so dass versucht wurde, rd. 50 % der Mehrerträge an die Kommunen weiterzuleiten.

KTA Hille erklärt, dass aufgrund der hohen pro-Kopf-Verschuldung die Mehrerträge nicht weitergegeben werden sollten. Der positive Einmal-Effekt sollte genutzt werden, um die Schulden zu reduzieren. Für die IGS wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4,9 Mio. Euro und für die FTZ wurden Planungskosten in den Haushalt eingebracht. Die Senkung der Kreisumlage fällt zu stark aus, hier wäre Kontinuität angezeigt.

Er stellt den Antrag, den Stellenplan um zwei Stellen für die Schulsozialarbeit zu erweitern und die Kreisumlage nur um einen Prozent-Punkt zu senken. Hierüber soll getrennt abgestimmt werden.

KTA Leseberg stellt fest, dass er der Absenkung der Kreisumlage zustimmen kann. Das Vorgehen ist so richtig gewesen. Bei den Gemeinden und den Samtgemeinden ist kein Einsparpotenzial vorhanden. Der Landkreis hat aktiv eine Lösung gesucht. Kommunen und Landkreis profitieren gleichermaßen von den Mehrerträgen.

KTA Kuhlmann, weist darauf hin, dass die Anträge von KTA Hille im Vorfeld den Fraktionen zur Beratung hätten zur Verfügung gestellt werden sollen. Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab, da keine neuen Erkenntnisse vorliegen.

KTA Hille entgegnet, dass sich die politische Gemengelage zu dem Thema geändert hat.

KTA Kopp verdeutlicht, dass erst, wenn ein Gesamtkonzept zur Schulsozialarbeit vorliegt, eine erneute Beratung notwendig ist.

*1. Antrag: Schaffung von je einer Stelle für die Schulsozialarbeit für den Standort Hoya (½ Förderschule, ½ Gymnasium) und für den Standort Rehburg und Stolzenau (½ Förderschule, ½ Gymnasium)*

*Mit Stimmenmehrheit abgelehnt: 1 Ja-Stimme 9 Nein-Stimmen*

*2. Antrag: Senkung der Kreisumlage um jeweils 1 Prozent-Punkt von 53 v.H. auf 52 v.H. der Steuerkraftzahl und von 47 v.H. auf 46 v.H. von 90 v.H. der Schlüsselzuweisung*

*Mit Stimmenmehrheit abgelehnt: 1 Ja-Stimme 9 Nein-Stimmen*

Der Ausschuss für Finanzen und Personal fasst sodann mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung den genannten Beschluss.



**Protokoll zu TOP 3**

---

**2017/124**

30.05.2017

**Abschlussbericht für den Haushalt 2016 im Fachdienst TUI-Organisation**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss für Finanzen und Personal nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

ohne



## Protokoll zu TOP 4

---

**2017/122**

30.05.2017

### Jahresrechnung 2016

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### Beratungsgang:

KOAR Dachs stellt das Ergebnis 2016 anhand einer Präsentation dar. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.566.295,94 Euro ab. Die wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsansatz bei den Erträgen sind in den Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von -7,94 Mio. Euro zu erkennen. Bei den Aufwendungen gibt es Abweichungen in den Sach- und Dienstleistungen (-1,87 Mio. Euro), den Transferaufwendungen (-2,82 Mio. Euro) und den sonstigen Aufwendungen (-2,16 Mio. Euro). Die Budgets Bildung (FB 21), Soziales (FB 31) und Jugend (FB 36) ergeben 85 % des Zuschussbedarfs in der Ergebnisrechnung. Die Finanzrechnung schließt mit einem Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 5,6 Mio. Euro und einem Saldo aus der Investitionstätigkeit mit -15,1 Mio. Euro ab. Der Schuldenstand aus Investitionskrediten lag zum 31.12.2016 bei 73,0 Mio. Euro. Die Bilanzsumme stieg um 13,9 Mio. Euro auf 252 Mio. Euro.





## Protokoll zu TOP 5

---

**2017/123**

30.05.2017

### Jahresrechnung 2015 - Entlastung des Landrats

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Der Jahresabschluss 2015 wird beschlossen.  
Dem Landrat wird für das Rechnungsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 35.281,33 Euro für die Erstattung an die kreisangehörigen Kommunen mit Zulassungsstellen wird zugestimmt.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

KOAR Schwill-Rudolph stellt das Prüfungsergebnis 2015 anhand einer Präsentation dar. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Überschuss in Höhe von 3.100.037,20 Euro. Der Bilanzwert stieg um 17,4 Mio. Euro auf 232,9 Mio. Euro. Die Summe der Investitionskredite stieg um 13,0 Mio. Euro auf 63,8 Mio. Euro. Der bei den Jahresabschlussarbeiten entstandene überplanmäßige Aufwand im Fachdienst Zulassung in Höhe von 35.281,33 Euro muss vom Kreistag noch genehmigt werden. In dem Prüfungsbericht vom 28.04.2017 sind zwei Prüfungsbemerkungen enthalten, die von der Verwaltung entsprechend beantwortet worden sind. Den weiteren Hinweisen wurde teilweise bereits während der Prüfung gefolgt. Als weitere Anmerkungen wurden die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle und das Vertragsmanagement angesprochen. Das RPA hat keine Bedenken, dass der Kreistag über den Jahresabschluss 2015 beschließt sowie dem Landrat für das Haushaltsjahr 2015 die Entlastung erteilt.

KTA Bergmann-Kramer stellt fest, dass das Rechnungsprüfungsamt mit einem Fingerzeig auf Probleme hingewiesen hat. Zentral ist die letzte Aussage wichtig.

KTA Hille fragt nach dem Sachstand zur Vergabestelle.

KVOR Röttschke erläutert, dass bisher noch keine Vergabestelle realisiert worden ist. Die vorhandene Submissionsstelle soll zur Vergabestelle weiterentwickelt werden. Ziel ist es, alle Vergaben ab 15.000 Euro ab 2019 über die Zentrale Vergabestelle abzuwickeln, u.a. um den formalen Vorgaben besser gerecht zu werden. Denkbar ist zudem, die Leistung der Zentralen Vergabestelle auch den Kommunen anzubieten, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen.



**Protokoll zu TOP 6**

---

30.05.2017

**Mitteilungen/Anfragen**

Beratungsgang:

entfällt



**Protokoll zu TOP 7**

---

30.05.2017

**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Beratungsgang:

entfällt